

# Landkreis Ravensburg

den 27. Mai. 2015

## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik  
am 31.03.2015 im Altes Schloss Amtzell, Reichlin-Meldegg-Saal, Haslacher Str. 5, 88279  
Amtzell

Dauer 14:00 Uhr bis 18:25 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Kurt Widmaier,

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Bürgermeister Elmar Buemann,

Herr Wolfgang Kleiner,

Herr Bürgermeister Dieter Krattenmacher,

Herr Hans-Jörg Leonhardt,

Herr Alois Peter,

Herr August Schuler,

Herr Robert Schweizer,

Herr Josef Wurm,

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle,

Herr Dr. Hermann Schad,  
Herr Roland Schmidinger,

SPD

Herr Rudolf Bindig,

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Bruno Sing,  
Herr Heinz Strubel,  
Herr Dr. Ulrich Walz

in Vertretung für KR Guldernberg

ÖDP

Herr Julian Aicher,  
Herr Max Scharpf,

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Franz Baur,  
Herr Dieter Dehm,  
Herr Franz Fugel,  
Herr Simon Gehringer,  
Herr Andreas Morlok,  
Frau Gabriele Rist,  
Herr Walter Sieger,  
Frau Iris Steger,

Gäste

Herr Dr. Rolf Bosch,

Stiftung Naturschutz Pfrunger-Burgweiler  
Ried, zu TOP 6

Herr Dr. Hans Gerstlauer,

Bürgermeister von Wilhelmsdorf, zu TOP 6

Herr Walter Göppel,

Energieagentur Ravensburg, zu TOP 2

Abwesend:

FWV

Herr Matthias Grad,

SPD

Herr Jürgen Rölli,

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Gereon Güldenbergl,

wird von KR Dr. Walz vertreten

Ausgelegte Tischvorlagen:

"'s Müllblättle", zu TOP 16

Am Vormittag des Sitzungstages fand für die Kreistagsmitglieder eine Führung durch das Entsorgungszentrum Obermooweiler statt.

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

- 1 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung
- 2 Klimaschutzkonzept im Landkreis Ravensburg und Aktualisierung des Energie Politischen Arbeits Programmes (EPAP)
- 3 Abfallwirtschaftssatzung - Ergänzung: Einbindung einer Sackabfuhr
- 4 Deponieteil Obermooweiler II - Herstellung der Oberflächenabdichtung (Teil I: Planungs- und Genehmigungsphase)
- 5 Berufsschulzentrum Ravensburg - baulicher Brandschutz
- 6 Stiftung Pfrunger-Burgweiler Ried - Fortführung
- 7 Antrag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen „ Auskunft über die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen“
- 8 Radwegenetzkonzept
- 9 K 7948, Einfacher Ausbau im Lauratal zw. Weingarten und Schlier BA 1 - Ermächtigung zur Ausschreibung und Vergabe
- 10 K 8005, Bau eines Rad- und Gehweges zw. Niederwangen und Doreite - Ermächtigung zur Ausschreibung und Vergabe
- 11 K 7946, Umbau des Knotenpunktes bei Baienfurt zum Kreisverkehr - Ermächtigung zur Ausschreibung und Vergabe
- 12 Anfrage und Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen: Mehr Artenvielfalt auf kreiseigenen Flächen
- 13 Anfrage und Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen bez. Baumfällungen und Nachpflanzungen
  1. Anfrage: Ausmaß der Straßenbaumfällungen Dez. 14 bis Feb. 15
  2. Antrag: Nachpflanzung und Schaffung sicherer Alleen
- 14 Netzwerk "Forst und Holz Allgäu-Oberschwaben" - Finanzielle Unterstützung - Gemeinsamer Antrag der Kreisräte Hr. Henle, Hr. Lang, Hr. Peter und Hr. Schweizer
- 15 Elektrifizierung der Allgäubahn - Änderung an drei Bahnübergängen: Zustimmung zu den Vereinbarungen
- 16 Anfragen und Bekanntgaben
  - 16.1 Anfragen und Bekanntgaben - Abfallwirtschaft; Tonnen-Management
  - 16.2 Anfragen und Bekanntgaben - Teststrecke der Firma Land Rover in Isny

## Nichtöffentliche Sitzung

- 17 Beauftragung der REAG
  - 17.1 Vertragsverlängerungen Landkreis/REAG 01.06.2015 - 31.12.2015
    - 17.1.1 Vermietung und Betrieb der Deponie Gutenfurt 01.06.2015 - 31.12.2015
    - 17.1.2 Bewirtschaftung der Deponie Gutenfurt 01.06.2015 - 31.12.2015
  - 17.2 Neufassung der Verträge Landkreis/REAG ab 2016
    - 17.2.1 Vertrag über die Vermietung und den Betrieb der Deponie Gutenfurt sowie über die Bewirtschaftung der Deponie Gutenfurt vom 01.01.2016 - 31.12.2022
    - 17.2.2 Vertrag über die Verpachtung, Stilllegung und Rekultivierung der Deponie Obermooweiler vom 01.01.2016 - 31.12.2022
- 18 Beauftragung der RaWEG mit Maßnahmen der Abfallwirtschaft ab 01.01.2016
- 19 Anfragen und Bekanntgaben

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Technik wurden am 17.03./20.03.2015 zu dieser Sitzung eingeladen.

## Öffentliche Sitzung

### § 58

#### Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Protokollentwurf der Sitzung am 19.02.2015.

Änderungswünsche werden nicht vorgetragen.

### § 59

#### Klimaschutzkonzept im Landkreis Ravensburg und Aktualisierung des Energie Politischen Arbeits Programmes (EPAP)

Frau Meschenmoser nimmt Bezug auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und führt in die Thematik ein.

Herr Göppel stellt das Energie- und Klimaschutzkonzept mit einer PowerPoint-Präsentation vor:

- Wie alles begann
- Aufbau des Konzepts
- Qualitative Ist-Analyse
  - o Arbeitskreise
  - o Bürgerbeteiligung
  - o Demographischer Wandel
  - o Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz (2012)
  - o Wärmebereitstellung (2012)
- Potenzialanalyse
  - o Szenario Strom
  - o Einflussfaktoren
  - o Ausblick Mobilität
- Maßnahmenkatalog

- Controlling-Konzept
- Fazit

Frau Meschenmoser erwähnt den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion in der Haushaltssitzung im Dezember 2014 zum Klimaschutz 2020. Die Verwaltung gehe davon aus, dass dem Antrag mit der Vorlage dieses Klimaschutzkonzeptes entsprochen worden sei.

KR Schuler dankt für das Konzept, das als „Energie-Bibel“ herangezogen werden könnte. Der Landkreis beginne ja nicht bei Null, sondern habe bereits ein beachtliches Niveau erreicht. Die Personalstelle Klimaschutzmanager könne befürwortet werden, wohl wissend, dass die Bundesförderung nur vorübergehend sei. Der Kreistag erwarte zu gegebener Zeit einen Zwischenbericht, um ggf. rechtzeitig reagieren zu können. Beim Klimaschutz habe der Landkreis auch eine Vorbildwirkung für die Städte und Gemeinden und diese wiederum für die Bürger und die Wirtschaft. Insofern erhalte das Thema Öffentlichkeitsarbeit in Zukunft ein immer stärkeres Gewicht. Bei allem Bemühen um den Klimaschutz dürfe allerdings die Mobilität nicht eingeschränkt oder reduziert werden. Es müsse immer hinterfragt werden: „Was ist wünschenswert und was ist machbar?“ Sehr bedauerlich sei, dass sich die großen Flächenländer bislang an der CO<sub>2</sub>-Reduzierung nicht beteiligen. Daher seien die Anstrengungen des Landkreises nur „ein Tropfen auf dem heißen Stein“. Nichtsdestotrotz müsse ein Anfang gemacht werden. KR Schuler interessiert sich für die Zahl der anderen Städte und Gemeinden, die schon ein Klimaschutzkonzept vorgelegt haben und fragt, ob an eine Zusammenarbeit des Klimaschutzmanagers für den Landkreis mit dem geplanten Klimaschutzmanager des Gemeindeverbandes Mittleres Schussental gedacht sei.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Energieagentur Ravensburg für eine Koordinierung sorgen werde, die im Übrigen im Interesse aller Beteiligten sei.

Herr Göppel schätzt die Zahl der erarbeiteten Kreis-Klimaschutzkonzepte auf fünf bis sieben.

KR Schmidinger sieht den Landkreis auch in der Pflicht, ein Mobilitätskonzept zu erstellen.

Herr Göppel strebt in Zusammenhang mit der Elektromobilität eine Abstimmung mit der Schweiz und mit Österreich sowie eine Koordinierung aller Verkehrsströme und Konzepte mit sämtlichen anliegenden Regionen an.

KR Sing betont die Notwendigkeit der Stelle eines Klimaschutzmanagers. Außerdem möch-

te er nochmals eine Lanze für das Thema Photovoltaik (PV) brechen. Es müsse nach außen transportiert werden, dass PV-Anlagen nach wie vor wirtschaftlich seien. Zum Thema Mobilität gehöre auch der weitere Ausbau von Radwegen bzw. Schutzstreifen. Er erkundigt sich, wann die Verwaltung wieder einen Energiebericht vorlegen wird.

Frau Meschenmoser bittet um Verständnis, dass der jährliche Energiebericht im Jahr 2014 wegen personellen Engpässen entfallen musste. Für 2015 sei jedoch wieder ein Energiebericht geplant, allerdings nur bezüglich der erfolgten Änderungen. Die Verwaltung wolle einen Datenfriedhof vermeiden.

KR Sing tauscht sich mit Frau Meschenmoser und Herrn Göppel über den Maßnahmenkatalog und die anstehenden Investitionen aus.

KR Bindig vermisst die Darstellung von konkreten Wegen, wie welche Ziele erreicht werden sollen. Außerdem falle beim Arbeitsprogramm auf, dass oft die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen (noch) nicht geschaffen seien. Hier sei eine deutliche Konkretisierung vonnöten. Nicht umsonst habe die SPD-Fraktion in ihrem Antrag „konkrete finanzwirksame Maßnahmen“ gefordert. Er erwarte eine Antwort auf die Frage: „Welche Maßnahmen erfordern wie viele Mittel in welchem Haushaltsjahr?“ Der Kreistag müsse rechtzeitig Kenntnis über diese Angaben bekommen, um entsprechend reagieren zu können. Von diesem Erfordernis abgesehen, sei der Antrag der SPD-Fraktion mit dem vorgelegten Konzept im Wesentlichen abgearbeitet.

Der Vorsitzende stellt die weitere Konkretisierung des Maßnahmenkatalogs in den Aufgabenbereich des neuen Klimaschutzmanagers.

KR Aicher möchte den Blickwinkel erweitern und weist darauf hin, dass das Energieverhalten im Landkreis auch Staaten wie Russland oder die arabischen Länder unterstützt. Außerdem schlägt er vor, ein Dächerkataster für den Landkreis zu erstellen, um PV zu fördern. Auch senkrecht angelegte PV-Anlagen seien eine Alternative und sollten daher grundsätzlich mit ausgeschrieben werden. Das Thema Klimaschutz müsse generell weiter forciert werden.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Ausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

1. Dem **Energie- und Klimaschutzkonzept**, der Umsetzung des enthaltenen Maßnahmenkatalogs sowie dem enthaltenen Controlling-Konzept wird zuge-

stimmt.

2. Der Ausschuss für Umwelt und Technik
  - a) nimmt die Aktualisierung des EnergiePolitischen ArbeitsProgramms (EPAP) zur Kenntnis
  - b) beauftragt das eea-Energieteam, das EPAP umzusetzen und
  - c) beauftragt die Verwaltung, in der AUT-Sitzung am 26.11.2015 die weitere Fortschreibung des eea-Berichtes vorzulegen.
3. Die Einstellung eines/r **Klimaschutzmanagers/in**, vorerst befristet auf drei Jahre, wird zugestimmt. Für die Personalkosten dieser Stelle wird ein Förderantrag an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) gestellt (65 % der Kosten).

## § 60

### Abfallwirtschaftssatzung - Ergänzung: Einbindung einer Sackabfuhr

Der Vorsitzende verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen).

KR Krattenmacher schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt ohne Sachvortrag und ohne Diskussion zur Abstimmung zu bringen.

KR Buschle fragt nach der zahlenmäßigen Dimension der zusätzlichen Säcke.

Herr Nitz geht von ca. 300 Säcken aus.

KR Schuler bittet darum, den anstehenden Tonnenaustausch mit den Kommunen abzustimmen.

Der Vorsitzende verweist auf die Information unter Angaben und Bekanntgaben.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Ausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Empfehlungsbeschluss für den Kreistag:

1. Die Abfallwirtschaftssatzung wird in den § 14 und § 24 entsprechend den Anlagen 1 und 2 dargestellten Änderungen aktualisiert. .
2. Für die Anwendung der Abfallwirtschaftssatzung gilt folgende Richtlinie:

Zugelassene Abfallgefäße sind genormte 60 l – Abfallsäcke (§ 14 Abs. 1 Ziffer 1 f)), sofern das angeschlossene Grundstück mehr als 200 m von der Abfuhrstrecke entfernt liegt.

## § 61

### Deponierteil Obermooweiler II - Herstellung der Oberflächenabdichtung (Teil I: Planungs- und Genehmigungsphase)

Herr Dehm verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und stellt die anstehenden Arbeiten mit der PowerPoint-Präsentation einer Luftaufnahme vor.

KR Leonhardt signalisiert die Zustimmung der CDU-Kreistagsfraktion und dankt für die vor der Sitzung angebotene Führung durch das Entsorgungszentrum Obermooweiler.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Ausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- a) die AU-Consult GmbH mit der Leistungsphase 1 – 4 der HOAI einschließlich der Erwirkung des Zustimmungsbescheides beim RP TÜ für das Oberflächenabdichtungssystem Obermooweiler II zu beauftragen und
- b) die Genehmigungsplanung incl. Kostenschätzung dem Ausschuss für Umwelt und Technik Anfang 2016 vorzustellen.

## § 62

## Berufsschulzentrum Ravensburg - baulicher Brandschutz

Herr Baur verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und stellt die Planung vor.

KR Wurm betont die Notwendigkeit der Verbesserung des baulichen Brandschutzes und damit die Erfordernis der vorgestellten Ersatzmaßnahmen.

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Ausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für die Ersatzmaßnahmen innerhalb des vorhandenen Gebäudekomplexes, Variante1, für die durch Einbau der Flucht- und Rettungswege zu verdrängenden Flächen des Schulbetriebs voranzutreiben und die Ersatzmaßnahmen, im Rahmen der Maßnahme zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes herzustellen. Die Verwaltung wird aufgrund der Dringlichkeit ermächtigt, die Planungs- und Bauleistungen in eigener Verantwortlichkeit innerhalb des Projektbudgets auszuschreiben und zu beauftragen.
- b) Die Finanzierung der Kosten in Höhe von 842.400 € erfolgt, wie dargestellt, aus Rückstellungen aus dem Haushaltsjahr 2014.

## § 63

## Stiftung Pfrunger-Burgweiler Ried - Fortführung

Herr Sieger verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert den Vorschlag der Verwaltung.

Herr Dr. Gerstlauer erklärt den wissenschaftlichen Effekt der Moorlandschaft und die wirtschaftlichen Auswirkungen auf den Klimaschutz in der Region. Er plädiert für die Fortsetzung des Engagements und ein einheitliches Auftreten nach außen.

KR Schuler bindet die CDU in diesem Zusammenhang in die Verantwortung mit ein. Die Zusammenführung der beiden Institutionen (Stiftung und Naturschutzzentrum) sei sinnvoll. Es wäre wünschenswert, dass auch der Landkreis Sigmaringen im Bunde bleibt. Er regt an,

in drei bis vier Jahren über die weitere Entwicklung zu berichten.

Der Vorsitzende zeigt sich zuversichtlich, mit Sigmaringen insgesamt eine gerechte Lösung zu finden.

KR Schuler tauscht sich mit Herrn Dr. Bosch über die Eigentumsverhältnisse der Riedflächen aus (überwiegend in Landes- oder Stiftungsbesitz, also in öffentlicher Hand).

Auf Frage von KR Schuler teilt Herr Dr. Gerstlauer mit, dass das Naturschutzzentrum, die Naturschützer, das Regierungspräsidium und der Biber zu einer einvernehmlichen Art des Zusammenlebens gefunden hätten.

KR Sing erkundigt sich nach der Zusammensetzung des Stiftungsrats.

Herr Dr. Bosch führt aus, dass die derzeitige Stiftungssatzung mit juristischer Unterstützung durchforstet werde. Voraussichtlich könne der überwiegende Teil übernommen werden. Bisher werde der Landkreis Ravensburg durch Herrn Sieger vertreten.

KR M. Scharpf unterstützt den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Frau Meschenmoser ergänzt den Beschlussvorschlag:

*Nach Ablauf von drei Jahren wird die Verwaltung dem Ausschuss für Umwelt und Technik über die weitere Entwicklung berichten.*

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Ausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Empfehlungsbeschluss für den Kreistag:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik ermächtigt die Verwaltung, in weiteren Gesprächen mit Mitstiftern und den Trägern des Naturschutzzentrums vorbehaltlich der abschließenden Zustimmung des Kreistags mit der Maßgabe folgender Eckpunkte zu verhandeln:

1. Änderung der Stiftungssatzung durch Aufnahme des Betriebs und der Aufgaben des (bisherigen) Naturschutzzentrums in den Stiftungszweck;
2. Festsetzung eines Anteils des Landkreises an der Stiftung Naturschutz Pfrunger-Burgweiler Ried in Höhe von bis zu 17.500 € für die paritätische Finanzierung der Nachfolgaufgaben aus dem Großprojekt;

3. Unterstützung der allgemeinen Arbeit der Umweltbildung des Naturschutzzentrums Wilhelmsdorf mit einem Betrag von bis zu 32.500 € unter der Voraussetzung einer angemessenen Verteilung der Gesamtkosten.

Nach Ablauf von drei Jahren wird die Verwaltung dem Ausschuss für Umwelt und Technik über die weitere Entwicklung berichten.

## § 64

### Antrag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen „Auskunft über die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen“

Frau Steger nimmt Bezug auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und berichtet über die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich um eine staatliche Aufgabe handelt und bittet um entsprechende Berücksichtigung.

KR Dr. Walz bedauert sehr, dass die baurechtlichen Auflagen einer umfassenden Kontrolle bedürfen. Leider sei der Ausgleich im Bewusstsein der Bauherren nicht selbstverständlich. Da ein Ausgleich eines entsprechenden zeitlichen Vorlaufs bedürfe, könne man es sich nicht leisten, Zeit zu verschwenden. Die Ausgleichsmaßnahmen selbst seien im Einzelnen auch zu hinterfragen. So sei beispielsweise die Anlegung einer Obstwiese ohne Sicherstellung der anschließenden Pflege wenig sinnvoll. Hier bestehe noch ein großer Beratungs- und Betreuungsbedarf, um einen wirklichen Ausgleich zu schaffen.

Frau Steger stellt klar, dass die Pflege Bestandteil der Maßnahme sei. Dies zu kontrollieren, sei für die untere Naturschutzbehörde nicht leistbar.

KR Bindig fällt ein großes Vollzugsdefizit auf, welches in „freundliche Worte verpackt wurde“. Dies könne nicht nur den vorgelegten Zahlen entnommen werden, sondern auch den teils umschreibenden und vagen Begriffen. Die SPD-Fraktion wolle diesen Bericht nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen, sondern mit folgendem Beschlusstext versehen (**Antrag**):

1. *Der AUT erwartet, dass die Verwaltung die Überprüfung des Vollzugs der naturschutzrechtlichen Auflagen bei Baugenehmigungen mit dem Ziel intensiviert, zu er-*

*reichen, dass alle Auflagen vollständig und zeitnaher erfüllt werden.*

- 2. Der AUT erwartet, dass die Überprüfung der Einhaltung der naturschutzrechtlichen Festsetzungen in der Bauleitplanung regelmäßig für alle Bauleitpläne erfolgt und dass die Erfüllung der Festsetzungen durchgesetzt wird.*
- 3. Die Verwaltung soll bis zur Sitzung des AUT am 29.09.2015 darlegen, ob und welche personellen, sachlichen und finanziellen Vorkehrungen zu treffen sind, damit die Aufgaben in der geschilderten Weise wahrgenommen werden können.*

Im Wissen um das Zuständigkeitsproblem (Wahrnehmung von staatlichen Aufgaben) schlägt KR Bindig vor, das Vollzugsdefizit explizit in einem Schreiben an das Land zu formulieren und um Abhilfe zu bitten.

Frau Steger geht davon aus, dass die Impulse der Verwaltung Wirkung zeigen werden. Sie erklärt nochmals die einzelnen Begrifflichkeiten der Vorlage und die baurechtlichen Zuständigkeitsabgrenzungen.

KR Krattenmacher mahnt zur Vorsicht: „Wir müssen aufpassen, welche Botschaften hier herausgehen“. Ein obrigkeitliches Vorgehen berge die Gefahr, genau das Gegenteil zu erreichen und die umwelt- und naturschutzrechtliche Motivation bei den Bauherren eher zu gefährden denn zu fördern. Mit einem gemäßigten Ton könne mehr erreicht werden. Auch bei der Bauleitplanung der Gemeinden müsse der Fokus mehr auf das Gesamte gerichtet werden. „Wir dürfen hier nicht auf Einzelaspekten herumreiten!“

KR Buemann weiß aus eigener Erfahrung, dass der Landkreis bei der Bauleitplanung konsequent auf den Ökopunkt-Nachweis achtet.

KR Sing kennt dagegen viele Beispiele, wo die Ausgleichsmaßnahmen fehlen oder nicht angemessen gepflegt werden. Vor allem die Defizite aus der Vergangenheit müssten aufgearbeitet werden. Die letzten acht bis zehn Jahre bedürfen seiner Einschätzung nach einer deutlichen Nachjustierung.

Der Vorsitzende hält es für gefährlich, einzelne Präzedenzfälle aufzugreifen und die Verwaltung „drauf zu hetzen“. Er bittet darum, sorgsam auf derartige Botschaften zu achten und den Gesamtprozess der Kontrolle der Verwaltung zu überlassen, um Missverständnisse zu vermeiden.

KR Dr. Walz besteht darauf, zumindest bei größeren Bauvorhaben die Ausgleichsmaßnah-

men zu überwachen.

Herr Sieger betont, dass die Verwaltung mit der Kontrolle im Rahmen der baurechtlichen Zuständigkeit begonnen habe, weil es in der Tat sehr wichtig sei, die Umsetzung der Auflagen im Auge zu behalten. Durch qualifizierte Gespräche mit den Gemeinden solle auch eine Optimierung der Bauleitplanung erreicht werden. Herr Sieger appelliert an die Räte, das begonnene Verfahren „so zu werten, wie es ist, nämlich erfolgreich“. Im Vergleich mit anderen Landkreisen stehe Ravensburg in diesem Bereich (noch) völlig allein.

KR Leonhardt spricht der Verwaltung sein Lob aus und schildert die Situation der ländlichen Bauherren sowie die teils belastenden Rahmenbedingungen bei der Schaffung und Pflege von Ausgleichsmaßnahmen. Die Ausführungen von KR Bindig seien im Einzelnen nicht nachvollziehbar. Er plädiert für ein gutes Miteinander und einen gemäßigeren Ton.

KR Schuler würde es – im Vertrauen auf die Verwaltung und mit einem partnerschaftlichen Blick auf die Bürger – gerne bei der Kenntnisnahme belassen. Nichtsdestotrotz müsse die Qualität der Ausgleichsmaßnahmen im Auge behalten werden.

KR Peter legt Wert darauf, die Bürger, Bauherren und Landwirte unermüdlich für die Zielsetzungen des Natur- und Umweltschutzes zu sensibilisieren.

KR Dr. Schad möchte in erster Linie mit den Betroffenen ins Gespräch kommen, um gegebenenfalls einvernehmlich alternative Lösungen zu finden. Dies funktioniere allerdings nicht mit einem harten Ton.

KR Bindig verwahrt sich dagegen, die Landwirte an den Pranger gestellt oder einen falschen Ton in die Diskussion gebracht zu haben. Das Vollzugsdefizit könne ja wohl nicht wegdiskutiert werden.

Frau Meschenmoser fasst zusammen, dass die Verwaltung die anstehenden Aufgaben mit Augenmaß anpackt und dass Zwangsmaßnahmen lediglich als ultima ratio in Frage kämen. Mit überzeugenden Argumenten in einvernehmlichen Gesprächen könne mehr und mit höherer Nachhaltigkeit erreicht werden als mit Zwangsmaßnahmen.

Der Vorsitzende lässt über den **Antrag** von KR Bindig abstimmen, anstelle der Kenntnisnahme den eingangs formulierten Beschluss (Nr. 1 bis 3) zu fassen.

Frau Meschenmoser gibt zu bedenken, dass die Ziffern 1 und 2 in den staatlichen Bereich eingreifen.

Bei drei Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen wird der **Antrag** von KR Bindig **m e h r h e i t l i c h** abgelehnt.

Damit bleibt es bei der Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss.

## § 65

### Radwegenetzkonzept

Der Vorsitzende verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen).

KR Krattenmacher stellt den **Antrag zur Geschäftsordnung**, auf einen Sachvortrag zu verzichten.

Der Ausschuss fasst **e i n s t i m m i g** den Beschluss, den Sachvortrag entfallen zu lassen und umgehend in die Diskussion einzusteigen.

KR Krattenmacher fühlt zwei Herzen in der Brust: als Kreisrat und als Bürgermeister. Angesichts der Maßnahmenfülle bleibe zu hoffen, dass viele der heute Anwesenden die Abarbeitung des Programms noch erleben dürfen.

KR Kleiner und KR Peter tauschen sich mit Herrn Fugel über Einzelmaßnahmen aus.

KR Sing lobt das Programm.

KR Buschle fragt nach dem Zwischenergebnis zum Pilotversuch „Schutzstreifen außerorts“.

Herr Gehringer sind keine Zwischenergebnisse bekannt. Man müsse die Abschlussberichte des Landes und des Bundes abwarten.

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Ausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Empfehlungsbeschluss für den Kreistag:

Das Radwegenetzprogramm 2015 wird in der vorliegenden Fassung verabschiedet.

## § 66

### K 7948, Einfacher Ausbau im Lauratal zw. Weingarten und Schlier BA 1 - Ermächtigung zur Ausschreibung und Vergabe

Herr Fugel verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert die Planung.

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Ausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

- 1) Der Verwendung der Mittel in Höhe von rd. 50.000 € aus Rückstellungen des Vorjahres wird zugestimmt.
- 2) Der Planung des einfachen Ausbau der Kreisstraße 7948 zwischen Weingarten und Schlier wird zugestimmt. Die Verwaltung wird zur Ausschreibung und Vergabe ermächtigt, sofern der geplante Kostenrahmen eingehalten wird.

## § 67

### K 8005, Bau eines Rad- und Gehweges zw. Niederwangen und Doreite - Ermächtigung zur Ausschreibung und Vergabe

Herr Fugel verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert die Planung.

KR Leonhardt dankt im Namen der Ortschaft Niederwangen und lobt die zielführenden Verhandlungen.

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Ausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

Der Planung des Rad- und Gehweges entlang der K 8005 zw. Niederwangen und Doreite wird zugestimmt.

- 1) Die Haushaltsmittel in Höhe von 270.000 Euro von der Maßnahme K 7976 RGW Hinzistobel – L 325 werden auf den RGW K 8005 Niederwangen – Doreite übertragen.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme auszuschreiben und ermächtigt, sie in eigener Zuständigkeit zu vergeben, sofern die Angebote im Rahmen der für die Bauvergabe vorgesehenen Kosten liegen.

## § 68

### K 7946, Umbau des Knotenpunktes bei Baienfurt zum Kreisverkehr - Ermächtigung zur Ausschreibung und Vergabe

Herr Gehringer verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert die Planung.

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Ausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

- 1) Der Planung der Maßnahme wird zugestimmt.
- 2) Die Verwaltung beantragt im Falle der positiven Entscheidung des Regierungspräsidiums den Zuschuss.
- 3) Sofern kein Zuschuss gewährt wird, soll die Maßnahme dennoch gebaut werden. Die Finanzierung erfolgt wie unter III, Fall a) beschrieben. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme auszuschreiben und ermächtigt, sie in eigener Zuständigkeit zu vergeben, sofern das Angebot im Rahmen der für die Bauvergabe vorgesehenen Kosten liegt.
- 4) Für den Fall, dass der Zuschussgeber zwar die Förderfähigkeit feststellt, aber die Bewilligung erst nächstes Jahr erfolgen kann, wird die Maßnahme auf nächstes Jahr verschoben. Bis dahin wird versucht, die Kreuzung provi-

sorisch nochmals zu verbessern, um die Unfallgefahr zu senken.

## § 69

### Anfrage und Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen: Mehr Artenvielfalt auf kreiseigenen Flächen

Herr Gehringer nimmt Bezug auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert die Grünpflege.

KR Leonhardt verweist auf den Landkreis Unterallgäu und den dortigen Versuch, an bestimmten Strecken das Mähgut abzusaugen und in eine Biogasanlage zu verbringen.

Herr Gehringer gibt den zunehmenden Geräte- und Personalbedarf zu bedenken.

Herr Baur erinnert daran, dass der Weg zur geforderten Effizienzrendite an der Ausstattung des Straßenbauamtes nicht spurlos vorüber gegangen sei. Für die Änderungen bei der Grünpflege sei das Amt weder personell noch mit den entsprechenden Geräten eingerichtet. Die Ideen seien zwar gut, könnten wegen der fehlenden Mittel jedoch nicht umgesetzt werden.

KR Strubel kann nachvollziehen, dass die Intention der Grünen an den Sachzwängen scheitert. Nichtsdestotrotz könne man beim Mähen einen Mähbalken einsetzen, um wenigstens den Tieren eine Überlebenschance einzuräumen („keine Totschlagmaschinen!“).

Herr Gehringer bietet KR Strubel an, bei der nächsten Mähaktion anwesend zu sein. Er meint, dass das Vorgehen der Verwaltung gar nicht so weit entfernt von den Vorstellungen des KR Strubel sei.

KR Dr. Walz begründet nochmals seinen Antrag und hätte den Vorschlag der Grünen-Fraktion gerne auf einem Streckenabschnitt getestet, wohl wissend, dass die gewünschten Änderungen höhere Ausgaben zur Folge haben.

KR Peter befürwortet Blühstreifen.

KR M. Scharpf plädiert für die Einrichtung von Versuchsstrecken.

Herr Gehringer fasst zusammen:

- Grundsätzlich kann das Straßenbauamt das Mähverfahren nicht ohne finanzielle Auswirkungen ändern.
- Aber an einzelnen Flächen kann man Mulch liegen lassen oder die Anlegung von Blühstreifen testen.

KR Sing stellt klar, dass die Grünen-Fraktion keine grundsätzlichen Änderungen des Maschinenparks herbeiführen wollte.

Der Vorsitzende kündigt an, dass Herr Gehringer dem Ausschuss im Sommer eine Testfläche präsentieren wird. Er regt an, dass die Grünen-Fraktion den Antrag in der bisherigen Form wieder zurücknimmt und gegen das heute besprochene Vorgehen ersetzt.

Dagegen werden keine Einwendungen geltend gemacht.

Der Ausschuss fasst **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob es im Bereich der klassifizierten Straßen geeignete Flächen gibt, die zur Erhöhung der Artenvielfalt mit Blütenmischungen eingesät und dauerhaft erhalten werden können. Hierzu soll auch der erforderliche Aufwand für die erstmalige Herstellung und die weitere jährliche Pflege und Erhaltung ermittelt werden.

## § 70

Anfrage und Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen bez. Baumfällungen und Nachpflanzungen

1. Anfrage: Ausmaß der Straßenbaumfällungen Dez. 14 bis Feb. 15

2. Antrag: Nachpflanzung und Schaffung sicherer Alleen

Herr Gehringer verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erklärt den Vorschlag der Verwaltung.

KR Dr. Walz erläutert den Antrag im Einzelnen.

KR Leonhardt wünscht sich mehr Sitzungsökonomie. Dieses Thema sei doch bereits genügend diskutiert worden.

Frau Meschenmoser bestätigt die mittlerweile dritte Befassung mit den Baumfällungen. Die Verwaltung habe sich wirklich Mühe gegeben, der Thematik gerecht zu werden. Der heutige Sturm Niklas zeige deutlich, dass es richtig war, der Verkehrssicherungspflicht den Vorrang zu geben. Mit dem Beschlussvorschlag in der aktuellen Sitzungsvorlage müsse die Beschäftigung des AUT mit diesem Thema wirklich enden.

KR Dr. Walz ist mit dem Beschlussvorschlag einverstanden. Zur umfassenden Beurteilung von anstehenden Neupflanzungen schlägt er einen Runden Tisch mit Fachleuten vor.

KR Krattenmacher hält Straßenränder generell für einen falschen Pflanzort für Bäume. Es gebe genügend andere Möglichkeiten, für Ersatzpflanzungen die notwendige Freiwilligkeit oder sogar Freude zu wecken. Er bietet seine Unterstützung für die Kommunen und Naturschutzverbände an, um gegebenenfalls weitere Institutionen einzubinden (z.B. LEADER).

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Ausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Ersatzpflanzungen einzelner Bäume in Alleen oder einseitigen Baumreihen durchzuführen, wenn nach Prüfung durch die Verkehrskommission im jeweiligen Einzelfall keine passiven Schutzeinrichtungen notwendig werden.

## § 71

Netzwerk "Forst und Holz Allgäu-Oberschwaben" - Finanzielle Unterstützung - Gemeinsamer Antrag der Kreisräte Hr. Henle, Hr. Lang, Hr. Peter und Hr. Schweizer

Frau Meschenmoser verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert die Kostenbeteiligung beim Netzwerk Forst und Holz Allgäu-Oberschwaben. Sie dankt Herrn Morlok für sein Engagement.

KR Schweizer dankt für die zeitnahe Behandlung des gemeinsamen Antrags der KRe Henle, M. Lang, Peter und Schweizer und begründet den Antrag.

KR Bindig bezeichnet das Netzwerk als gute Einrichtung. Ihm fällt auf, dass nur der Landkreis Ravensburg den Beitrag erhöht, um die Reduzierung der Landesförderung auszugleichen. Es seien doch noch weitere Träger beteiligt, auf die der wegfallende Landesanteil verteilt werden könnte.

Frau Meschenmoser macht darauf aufmerksam, dass die Beteiligung des Landkreises bislang sehr gering gewesen sei. Die Finanzierungslücke werde über die Mitgliedsbeiträge gedeckt.

KR Sing legt großen Wert auf Nachhaltigkeit. Er stimmt dem Beschlussvorschlag zu, allerdings nur befristet bis Ende 2019 – danach solle die Förderung eingestellt werden.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Ausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt der Förderung des Netzwerks Forst und Holz Allgäu-Oberschwaben mit einem Betrag in Höhe von 25.000 € jährlich zu, beginnend ab 01.06.2015 bis 30.06.2019.

## § 72

### Elektrifizierung der Allgäubahn - Änderung an drei Bahnübergängen: Zustimmung zu den Vereinbarungen

KR Krattenmacher schlägt vor, den Sachvortrag auf das Unabdingbare zu kürzen.

Herr Fugel verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und gibt einen kurzen Sachstandsbericht zu den Förderanträgen.

KR Krattenmacher kündigt ein Gespräch mit dem Verkehrsminister an. Über das Ergebnis werde er zu gegebener Zeit berichten.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Ausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

Den vorgelegten Vereinbarungen wird zugestimmt.

## Anfragen und Bekanntgaben

### § 73

#### Anfragen und Bekanntgaben - Abfallwirtschaft; Tonnen-Management

Herr Baur verweist auf das als Tischvorlage verteilte „Müllblättle“ (siehe Anlage) und beschreibt das geplante Tonnen-Management. Im April erhalte jeder Eigentümer ein persönliches Schreiben mit dem jeweiligen Tonnen-Vorschlag. Die Rücknahme-Aktion für die alten Eimer, sofern der Eigentümer sie nicht behalten möchte, sei für Januar nächsten Jahres geplant. Derzeit erfolge die Abstimmung mit den beiden Unternehmen. Weitere Informationen könne man dem zweiten Müllblättle (im Sommer) entnehmen.

KR Leonhardt schlägt vor, im Müllblättle näher darauf einzugehen, was auf dem Kompost entsorgt werden dürfe und welche Tüten in der Biotonne erlaubt seien.

KR Peter gibt die beschränkten Platzverhältnisse in den Altstadtbereichen zu bedenken. Hier müsse gezielt nach Einzelfall-Lösungen gesucht werden.

KR Sing erkundigt sich nach dem Fachwissen bei den Gemeindeverwaltungen.

Herr Baur teilt mit, dass das Landratsamt die Mitarbeiter der Städte und Gemeinden systematisch mit Schulungen und einem FAQ-Ordner (häufig gestellte Fragen) vorbereitet. Die FAQ-Übersicht könne gegebenenfalls auch auf der Homepage des Landkreises hinterlegt werden.

### § 74

#### Anfragen und Bekanntgaben - Teststrecke der Firma Land Rover in Isny

KR Bastian erwähnt die von der Fa. Land Rover geplante Teststrecke in Isny und fragt, wie diese Absicht mit den Bemühungen des Landkreises um Klimaschutz und Mobilität vereinbar seien.

Herr Sieger teilt mit, dass noch keine Informationen bzw. Entscheidungsgrundlagen vorlie-

gen. Allerdings würden die entstehenden Immissionen bei der Beurteilung des Vorhabens nur eine kleine Rolle spielen.

**Ausschuss für Umwelt und Technik am 31.03.2015**  
**Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse**

§ 75

Vertragsverlängerungen Landkreis/REAG 01.06.2015 - 31.12.2015

Empfehlungsbeschluss für den Kreistag:

1. Der Vertrag über die Vermietung und den Betrieb der Deponie Gutenfurt vom 22.12.2004 zwischen dem Landkreis und der REAG mbH wird entsprechend der **Anlage 2** (Nachtrag Nr. 2 zum Vertrag) bis zum 31.12.2015 verlängert.
  
2. Der Vertrag über die Bewirtschaftung der Deponie Gutenfurt für entsorgungspflichtige Abfälle vom 22.12.2004 zwischen dem Landkreis und der REAG mbH wird entsprechend der **Anlage 4** (Nachtrag Nr. 1 zum Vertrag) bis zum 31.12.2015 verlängert.

§ 76

Neufassung der Verträge Landkreis/REAG ab 2016

Empfehlungsbeschluss für den Kreistag:

1. Der Vertrag über die Vermietung und den Betrieb der Deponie Gutenfurt für die Entsorgung von Abfällen, für die der Landkreis nicht entsorgungspflichtig ist, und über die Bewirtschaftung der Deponie Gutenfurt für die Entsorgung von Abfällen, die der Entsorgungspflicht des Landkreises Ravensburg unterliegen, wird entsprechend der **Anlage 1** zum 01.01.2016 neu gefasst.
  
2. Der Vertrag über die Verpachtung, Stilllegung und Rekultivierung der Deponie Obermooweiler und den Bau und Betrieb einer Umladestation für Haus-, Sperr-, Bio- und Gewerbeabfall auf dem Gelände des alten Kompostplatzes wird entsprechend der **Anlage 2** zum 01.01.2016 neu gefasst.

## § 77

### Beauftragung der RaWEG mit Maßnahmen der Abfallwirtschaft ab 01.01.2016

Empfehlungsbeschluss für den Kreistag:

Der Landkreis Ravensburg beauftragt die RaWEG mbH ab dem 01.01.2016 mit Aufgaben der Abfallwirtschaft entsprechend dem in Anlage 1 beiliegenden Vertrag.

Z. B.

Vorsitzender

Kurt Widmaier

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte